

WAS WAR DIE DDR WERT? UND WO IST DIESER WERT GEBLIEBEN?

BROSCHÜRE ZUR GLEICHNAMIGEN AUSSTELLUNG
ANLÄSSLICH DES 56. JAHRESTAGES DER DDR-GRÜNDUNG

Inhalt:

Ursachen des Zurückbleibens der DDR-Wirtschaft hinter der der BRD

Größere Kriegszerstörung im Osten

Reparationszahlungen für ganz Deutschland durch die DDR

Der Marshallplan als Begünstigungsfaktor für die westdeutsche Wirtschaft

Die Währungsreform

Teilungsdisproportionen zugunsten Westdeutschlands

Westliche Boykott- und Embargopolitik

Wirtschaftskrieg gegen die DDR

Abwanderung und Abwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte

War die DDR pleite?

Wirtschaftsentwicklung der DDR

Verschuldung

Währung

Stellung der DDR in der Weltwirtschaft

Was war die DDR wert?

Das Volkseigentum

Ist die Auflösung der DDR »legal« verlaufen?

Was ist aus dem Wert der DDR geworden?



Was war die DDR wert? Und wo ist ihr Wert geblieben?

Warum diese Ausstellung?

Am 3. Oktober 1990 verschwand eine gesamte Volkswirtschaft von der Landkarte. Unzählige Publikationen, Filmproduktionen u.s.w. haben sich mit dieser Thematik beschäftigt und ihre Ansichten kundgetan. Einseitige Sicht und politische Motivation verzerren den größten Teil des vorliegenden Materials. Haarsträubende Legenden und Falschaussagen über die Planwirtschaft der DDR sind die vorherrschenden Elemente in der öffentlichen Auseinandersetzung. Schlagworte und Parolen sorgen für ein Klima, das sachliche Diskussion stark behindert. Letztlich ist festzustellen, dass die von öffentlicher Stelle geförderten Aussagen über die Wirtschaft der DDR dermaßen vom Tatsächlichen entfernt sind, dass Abhilfe vonnöten ist. Die Beantwortung der Frage: »Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?« ist geeignet, um möglichst allumfassend die ökonomischen Dimension des Anschlusses der DDR an das Territorium der BRD zu behandeln.

Es geht den Autoren dieser Ausstellung, jungen Schülern und Berufstätigen aus Ostdeutschland, um eine objektive Sicht auf die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Es geht ihnen nicht um eine politische Bewertung des Staates DDR. Und obwohl in einigen Teilen der Ausstellung der Eindruck entsteht, man wolle einen Vergleich der Wirtschaftsleistungen beider deutscher Staaten erreichen, so ist auch das nicht die eigentliche Motivation dieser Ausstellung. Schon allein aus dem Grunde, dass ein Vergleich zweier Gesellschaftssysteme unter Ausblendung der politischen Seite unmöglich ist, ganz besonders, wenn es um zwei sich so vollkommen entgegenstehende Systeme geht. Diese Ausstellung, die eigentlich erst noch im Entstehen ist, also eigentlich nur eine Vorschau auf eine fertige sein kann, soll zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen, zu einer Diskussion, die sich auf dem Boden von Fakten abspielt. Ganz bewusst haben sich die Autoren der Ausstellung bei ihrer Quellenauswahl an Publikationen seriöser anerkannter Stellen der BRD gehalten. Was natürlich nicht automatisch Garant für die Qualität dieser Ausstellung ist. Deshalb sind wir über Anregungen zum Thema sehr dankbar.

Die Autoren der Ausstellung

Nur wenn man die grundlegenden Faktoren und Ausgangsbedingungen berücksichtigt, kann man zu einer objektiven Beurteilung des Verlaufs und der Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung der DDR und zu brauchbaren Aussagen beim Vergleich des ökonomischen Niveaus der beiden deutschen Staaten zur Zeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik gelangen.

- 1.** Die Kriegszerstörungen auf dem Gebiet der DDR sowie die Erfüllung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der damit durch die von Deutschland zerstörten Länder, Deutschland aufgelegten Reparationsforderungen – Im Falle der DDR Reparationen an das Land, das die Hauptlast des 2. WK trug – und die Hauptlast des Kampfes zu seiner Beendigung
- 2.** Die Wirkung des Marshallplanes als Initialzündung des sogenannten »Wirtschaftswunders« in der BRD.
- 3.** Die unterschiedlichen Wirkungen der Teilungsdisproportionen auf die verschiedenen großen Wirtschaftskörper der beiden deutschen Staaten.
- 4.** Boykott und Embargo-Politik, Wirtschaftskrieg gegen die DDR
- 5.** Die Abwanderung von Millionen Arbeitskräften, deren überwiegend gute Ausbildung von der DDR, also von der arbeitenden Bevölkerung der DDR finanziert wurde. Millionen Arbeitskräfte, die als zusätzliche hocheffektive Fachkraft für die BRD wirksam wurden
- 6.** Sabotage und Zersetzungsarbeit der Organe der BRD gegen die DDR-Wirtschaft
- 7.** Verfehlung in der Wirtschaftspolitik der DDR.

Kriegszerstörungen und Reparationen

Die Autoren der Ausstellung möchten an dieser Stelle im Voraus anmerken, dass die über die Reparationen der DDR an die Sowjetunion aufgeführten Fakten auf keinen Fall einen Vorwurf an die UdSSR darstellen sollen. Ganz im Gegenteil gehen wir davon aus, dass die im Verhältnis zu den durch Deutschland in der Sowjetunion angerichteten Kriegschäden gezahlten Reparationen eine Nichtigkeit darstellen.

Bezogen auf das vorhandene materielle Potential „betrug der Substanzverlust an industriellen und infrastrukturellen Kapazitäten in der DDR – der als Reparationen für die Sowjetunion in Form von Demontage vorhandener Betriebe und Einrichtungen der geleistet wurde – rund 30% der 1944 auf dem Gebiet vorhandenen Fonds ... In der BRD waren dies nach verlässlichen Unterlagen 3% der Kapazitäten; das Verhältnis Abbau der Kapazitäten betrug also 10:1⁽¹⁾. ... Besonders schwerwiegende Auswirkungen auf die Infrastruktur in diesem hochindustrialisierten Gebiet hatte die Demontage von 6300 km zweiter Gleise, die angesichts des ständigen Mangels an Akkumulationsmitteln im Verlauf der gesamten Entwicklung der DDR nicht ausgeglichen werden konnte. Zwei Drittel aller Lokomotiven und rund 60% der Reisezugwagen waren vernichtet.“⁽²⁾

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 40, 41

(1) Baar/Karlsch/Matschke, „Studien zur Wirtschaftsgeschichte“ Berlin 1993, S. 100

(2) Kramer, „Die ersten Jahre“, Berlin 1979, S. 123

„Nach Abschluss der Demontage 1948 verblieben in der SBZ zwischen 74% und 84% des Bruttoanlagevermögens der Industrie von 1936, während in den westlichen Besatzungszonen der industrielle Kapitalstock (mit 111%) über dem Stand von 1936 lag.“

Q: S. Krüpper, „Die Endzeit der DDR-Wirtschaft“, S. 101

Zu den Reparationszahlungen in Form der

Demontage auf dem Gebiet der SBZ vorhandener Betriebe und Verkehrseinrichtungen kamen die Reparationszahlungen in Form der Entnahme aus der laufenden Produktion. Die Höhe dieser Entnahmen aus der laufenden Produktion für Reparationen, für Besatzungskosten und einige andere Ausgaben über Jahre hinaus bedeuteten einen Substanzverlust, der in Jahrzehnten nicht aufholbar war ... Das waren für den Zeitraum 1946-1953, also in den ersten acht Nachkriegsjahren, 22% der laufenden Produktion, gemessen am Bruttosozialprodukt (in Mrd./Preisbasis 1944). In den Westzonen wurde im gleichen Zeitraum die laufende Produktion allenfalls für einige Bedürfnisse der Besatzungsgruppen in Anspruch genommen ... Das Verhältnis DDR/BRD betrug für die belastendste Form der Kriegskontributionen 98:2.⁽¹⁾

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 42

(1) aus „Neues Deutschland“, v. 1./2. 7. 2000, S. 18

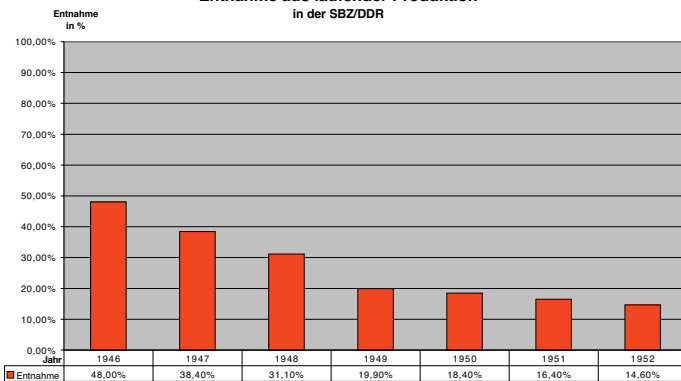
Q: „Neues Deutschland“, v. 1./2. 7. 2000, S. 18, aus Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 43

Die DDR trug also 97-98% der Reparationslast Gesamtdeutschlands.

Auf den Stand der heutigen Preise unter der Berücksichtigung einer Verzinsung von 6-fünftel Prozent (wie sie die DDR für den ihr vom Bundesfinanzministerium über deutsche Großbanken 1938-1988 gewährten Kredit zu zahlen hatte) ergibt sich eine Auszahlungsforderung an die Bürger der DDR von Seiten der BRD in Höhe von 727,1 Mrd. DM

Q: nach Angaben einer Studie des Bremer Wissenschaftlers Prof. A. Peters; sein Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wurde von 12 Wissenschaftlern und Politikern der BRD bestätigt

Entnahme aus laufender Produktion
in der SBZ/DDR



Gegenüberstellung der gesamten Reparationszahlungen DDR - BRD in offiziellen Angaben

Die von den Besatzungszonen der USA, Großbritannien, Frankreichs später der BRD erbrachten Reparationen beliefen sich auf 2,1 Mrd. DM zu Preisen von 1953.

Q: Angaben der interalliierten Reparationsagentur (I.A.R.A.)

Die von der sowjetisch besetzten Zone erbrachten Reparationen werden mit 99,1 Mrd. DM zu Preisen von 1953 angegeben.

Q: Angaben des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen

Zusammenfassung

Vorliegendes Material liefert eine profunde Erklärung für die Tatsache, dass die DDR in den ersten Jahren lediglich einen Anteil der Akkumulation am Bruttosozialprodukt von 7% – die BRD jedoch einen Anteil von 20% für die Wiederherstellung und Erneuerung der Grundfonds verwenden konnte.

„Zweifellos handelt es sich hier um eine Vorleistung der Ostdeutschen, die ihr mögliches Entwicklungspotential substantiell zu einem Großteil in Anspruch nahm und ein entscheidender Faktor dafür war, das ihr Lebensstandard und ihre Produktivität im Durchschnitt auch 40 Jahre nach Beendigung dieses Krieges nur halb so hoch waren wie in Westdeutschland.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 45

Der Marshall-Plan

„Er kam einer in der Welt einmaligen Bluttransfusion der von Waren und Kapital überquellenden USA an den ehemaligen Kriegsgegner gleich, die als Initialzündung eine entscheidende Grundlage für die schnelle Beseitigung der Kriegszerstörungen und das Erblühen des Wirtschaftswunders BRD darstellte. Zweifellos ist es auch einer der Hauptgründe, weswegen die Altbundesrepublik nach dem Krieg und bis heute ein durchschnittlich höheres ökonomisches Niveau aufweist als ihre ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Großbritannien, bei denen die ebenfalls erhaltene US-Hilfe aus verschiedenen, hier nicht zu erörternden Gründen nicht mit der gleichen Effektivität zur Wirkung kam. Gleichzeitig war der Marshall-Plan Bestandteil einer politischen Globalkonzeption, die die Wiederherstellung des größeren Teils von Deutschland als wirtschaftlich potenten Faktor für das ›roll back‹ des sozialistischen Systems zum Ziele hatte.

Die Westzone/BRD erhielt im Zuge des Marshall-Planes (European Recovery Program – ERP) und verschiedener anderer amerikanischer Hilfsprogramme für Europa zwischen 1945 und 1956 Leistungen im Umfang von 3,7 Mrd. Dollar oder 15,5 Mrd. DM. Davon waren über 10 Mrd. als Geschenk (›grants‹) zu betrachten; der Rest wurde als Kredit gewährt und sollte in größeren Zeiträumen zurück gezahlt werden.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 45/46

„Welche Bedeutung diese Auslandshilfe, die teils Nahrungshilfe war, teils Rohstoff- und Maschinenlieferungen umfasste, für den westdeutschen Wiederaufbau hatte, lässt sich heute kaum noch ermessen. In einer Situation, die durch ein Überangebot qualifizierter und in höchstem Maße leistungsbereiter Arbeitskräfte sowie eine wegen jahrelanger Unterversorgung mit allen Gütern praktisch unbegrenzte Nachfrage gekennzeichnet war, in der es praktisch

nur an Produktionsmitteln fehlte ... musste die geschenkweise oder kreditäre Bereitstellung dieser Investitionsmittel geradezu zu einem solchen Produktionsaufschwung führen.“

Q: Leptin, Deutsche Wirtschaft nach 1945, Opladen, Holland 1980, S. 58

Teilungsdisproportionen

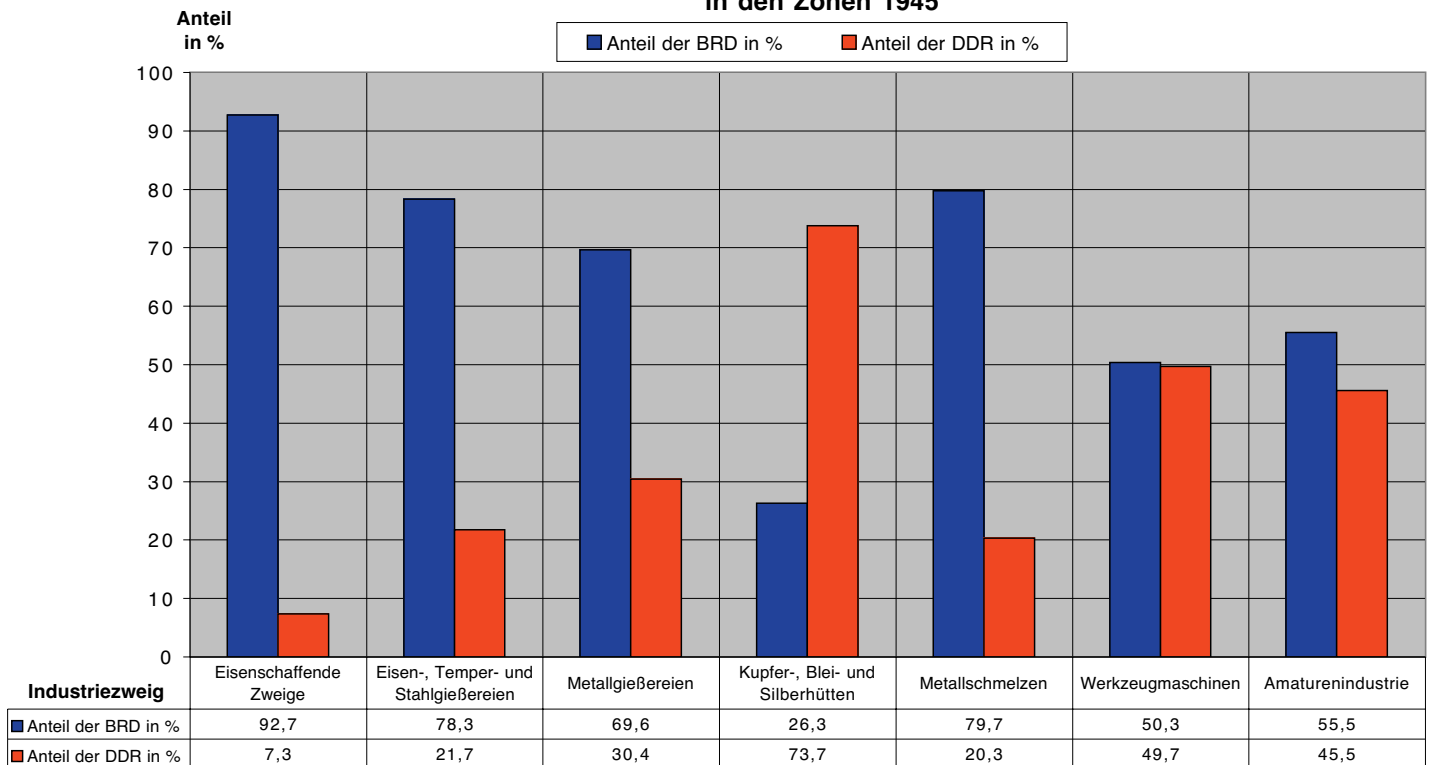
Von den industriellen Produktionsstätten Deutschlands befanden sich ca. 30% auf dem Gebiet der SBZ/DDR – davon waren 45% zerstört – und 70% auf dem Gebiet der Westzone/BRD – davon waren 20% zerstört. Damit ist offenkundig, dass sich bezüglich der Verteilung der Industriestandorte sowie der Zerstörung der Industrie ein West-Ost-Gefälle abzeichnet. Die vier Besatzungszonen waren wirtschaftlich eng verschmolzen, von einander abhängig, wenn auch die Westzonen relativ gute Ausgangsbedingungen besaßen.

Die sowjetische Besatzungszone hatte die schlechtesten ökonomischen Startbedingungen. Allein schon die riesigen Kriegszerstörungen bedeuteten ein großes Hemmnis. Die größte Störung im Reproduktionsprozess der Industrien entstand aus der Disproportion zwischen Grundstoffindustrie und der metallverarbeitenden Industrie. Unter den Grundstoffen nahm Kohle eine Sonderstellung ein. Kohle war das Brot der Industrie.

1936 wurden auf dem Gebiet der späteren SBZ 26 Prozent der gesamtdeutschen Stahl- und Eisenproduktion erzeugt, jedoch nur 5% der dafür nötigen Grundstoffe (Walzstahl, Koks und Steinkohle).

Der bedeutende Teil der Textilindustrie lag im Osten, die Spinnereien für die Herstellung der Ausgangsmaterialien jedoch im Westen. Obwohl Mitteldeutschland ein hochindustrialisiertes Gebiet war, mit einem hohen Anteil an Maschinenbau, Elektrotechnik und Textilindustrie, wurden dort 1938 bezüglich der Gesamtzeugung des Deutschen Reiches nur 1,9% Steinkohle und 6% Eisenerz gefördert, 4,3%

Territoriale Verteilung ausgewählter Industriezweige in den Zonen 1945



Roheisen und 6,6% Rohstahl erzeugt. Damit war das Gebiet der späteren SBZ/DDR existentiell auf Rohstofflieferungen angewiesen und ohne diese nicht lebensfähig. Vielfältige Verflechtungen zwischen dem Osten und Westen Deutschlands bestanden auch in der verarbeitenden Industrie.

Neben der wichtigsten Disproportion zwischen Metallurgie und metallverarbeitender Industrie trat eine zweite große Disproportion hervor, nämlich das Verhältnis zwischen Leichtindustrie und übriger Industrie.

Q: Müller/Reißig „Wirtschaftswunder DDR“, Berlin 1968, S. 32

Aus alledem ergab sich, dass insbesondere die ostdeutschen Industrien sehr stör anfällig waren. In der Zukunft mussten hohe Summen und viele Arbeitskräfte für den Wiederaufbau und für die Überwindung der Disproportionen in den entscheidenden Zweigen bereit gestellt werden. Dadurch verzögerte sich naturgemäß die allseitige technische Neuausrüstung in der gesamten Industrie.

Unabweisbar dürfte in Anbetracht dieser Tatsachen sein, dass die Zerreißung eines solchen einheitlichen, vielfältig verflochtenen Volkswirtschaftskörpers den Ein-Drittel-Teil, also die SBZ/DDR, mehr belasten mußte als den Zwei-Drittel-Teil. Bis weit in die 50er Jahre konnte der durch die Teilung hervorgerufene Rohstoffbedarf nicht von Seiten der sozialistischen Länder ausgeglichen werden. So war die DDR unter diesen Bedingungen unabdingbar auf den Handel mit der BRD angewiesen.

Zusammenfassung

Der Zwang zur Schaffung eines Schwerindustriesektors in der DDR ergab sich aus den Teilungsdisproportionen. Ohne größere Anknüpfungsmöglichkeiten an einen Grundstock bedurfte die DDR besonders in der Anfangszeit enormer Aufwendungen.

Boykott und Embargo-Politik, Wirtschaftskrieg gegen die DDR

„Der innerdeutsche Handel erreichte bis 1950, vor allem auch als Ergebnis der separaten Wirtschaftsreform in den Westzonen, nicht einmal 10 Prozent des Umfangs der zwischen beiden Wirtschaftsgebieten vor dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Lieferungen. Im Spätsommer 1951 verboten die Hohen Kommissare und die Regierung der BRD die bereits vereinbarten Lieferungen von Blechen und anderen Walzwerkserzeugnissen, was die DDR an einer empfindlichen Stelle traf. Am 30.09.1960 kündigte die Bundesrepublik das seit 1951 laufende Handelsabkommen mit der DDR, was besonders den Ausfall von zahlreichen Zuliefererprodukten, u.a. Sonderstählen, Normstählen, spezifischen Chemikalien – für die verarbeitende Industrie zur Folge hatte und wovon ganze Produktionszweige abhängig waren.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 49

„Der offizielle innerdeutsche Handel ging in Form von Verrechnungseinheiten vonstatten. Diese wurden zwar in einem für die DDR günstigen Währungsverhältnis von 1:1 abgewickelt, waren aber warengelockt. Sie koppelten also den Export von Gütern an den Import anderer Güter. Dadurch war auch dieser Weg für den Erwerb von Devisen verschlossen. Hinzu kam, dass diese einseitige Bindung an die Bundesrepublik es jener ermöglichte, Waren an die DDR über dem Weltmarktniveau zu verkaufen ... so dass mit gewisser Berechtigung festgestellt werden kann, dass die Beschäftigten der DDR ihren Beitrag zum relativen Wohlstand in der BRD leisteten (z.B. IKEA-Billy-Regale)“

Q: Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg, HWWA

Ein wichtiger Bestandteil der gegen die DDR gerichteten Embargo-Politik der westlichen Industrieländer ist die „CoCom-Liste“. Das 1949/50 gegründete Coordinating Committee for East West Trade Policy (abgekürzt CoCom) diente vor allem dem Zweck, praktisch alle Erzeugnisse der Hochtechnologie, also etwa leistungsstarke Computer oder Produktionsanlagen für die Mikroelektronik-Industrie (da damit wiederum solche Komponenten hergestellt werden konnten) der Wirtschaft der RGW-Staaten vorzuenthalten. In der Konsequenz diente das CoCom-Embargo dazu, die Entwicklung einer leistungsfähigen Rechen-technik seitens des RGW zu unterbinden.

Dies sind nur wenige Beispiele des Wirtschaftskrieges gegen die DDR. Sie verfehlten ihr Ziel nicht, den wirtschaftlichen Aufbau der DDR zu behindern und müssen deswegen in eine objektive Analyse der Ursachen des wirtschaftlichen Zurückbleibens der DDR hinter der BRD mit einbezogen werden.

Abwanderung von Arbeitskräften

Natürlich ist die Nutzbarmachung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens ein wichtiger Faktor in der Entwicklung der Wirtschaft eines Staates. Das statistische Jahrbuch der DDR 1989 beziffert die Abwanderung von Humankapital von Ost nach West mit 2,045 Mio. Personen (von 1946 18,488 auf 1989 auf 16,434 Mio.). Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang um 12%. In der Zeit von 1950 bis 1961 siedelten jährlich zwischen 144.000 (1959) und 330.000 (1953)⁽¹⁾ in die BRD über.

(1) Q: Osteuropaforscher der Freien Universität Leptin, 1980

„Unter den Flüchtlingen war der Anteil der Jugendlichen bis 25 Jahre sehr hoch, mindestens um 50 Prozent. Das hatte zur Folge, dass unter den Zurückbleibenden der Anteil der älteren Jahrgänge rasch anstieg. Im Jahre 1970 waren in der Bundesrepublik 61,2 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter, in der DDR 58 Prozent ... Wenn man berücksichtigt, dass jeder arbeitsfähige Flüchtling beim innerdeutschen Wirtschaftsvergleich einen Arbeitskräfteunterschied von 2 Personen ausmacht (im Osten -1, im Westen +1), dann wird die wachstumspolitische Bedeutung der Fluchtbeziehung deutlich.“

Q: Leptin, Deutsche Wirtschaft nach 1945, Opladen, Holland 1980, S. 26

Für die BRD ist dieser Zufluss des ›Humankapitals‹ in Größenordnungen von über 2 Mio. Personen ein einmaliger Aktivposten, der überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Man muss berücksichtigen, dass es sich bei den Übersiedlern aus der DDR in die BRD zu einem großen Teil um gut ausgebildete Facharbeiter sowie akademisch Ausgebildete wie Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte gehandelt

hat, deren Ausbildung oftmals vom anderen Staat, d.h. der gesamten Gesellschaft der DDR, finanziert worden war. Es gibt viele, die ihre Einstellungsverträge von westlichen Firmen bereits während des Studiums und sozialer Sicherung in der DDR in Anspruch nahmen. Das trifft vor allem auf die Zeit vor 1961 zu.

Insgesamt wanderten von 1949 bis 1961 3,5 mio. Menschen (einschließlich Umsiedlern!) von der DDR in die BRD und nur 0,6 mio. von der BRD in die DDR. Für einen Migranten aus dem Westen gingen also 7 aus dem Osten.

Zusammenfassung

„Die Analyse des Zurückbleibens der DDR hinter der BRD und der ihr zurunde liegenden objektiven historischen Bedingungen muss ergänzt werden durch die Analyse der außergewöhnlichen, teilweise einmaligen Faktoren, die zugunsten der Bundesrepublik wirkten. Vielleicht ist das auch einer der Gründe dafür, warum der durchschnittliche Lebensstandard in der Bundesrepublik höher liegt als z.B. in Frankreich oder Großbritannien. Es muss die theoretische Frage erlaubt sein, wie der Produktivitäts- und Effektivitätsvergleich aussehen würde, wenn die BRD und ihre Marktwirtschaft diese einmaligen Bedingungen nicht hätte nutzen können; wenn die DDR und ihr Wirtschaftssystem nicht der Bündelung solcher außergewöhnlich ungünstigen geschichtlichen Faktoren ausgesetzt gewesen wäre, sondern sie im Gegenteil über die außerordentlich begünstigenden Faktoren der BRD hätte verfügen können.“

In Anbetracht der vorliegenden Fakten über die Faktoren, die auf das Wirtschaftswachstum der DDR und der BRD einwirkten, drängt sich unweigerlich der Schluss auf, dass das wirtschaftliche Zurückbleiben der DDR gegenüber der BRD in entscheidendem Maße historisch bedingt ist.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 63

Indikatoren für die Pleite einer Wirtschaft

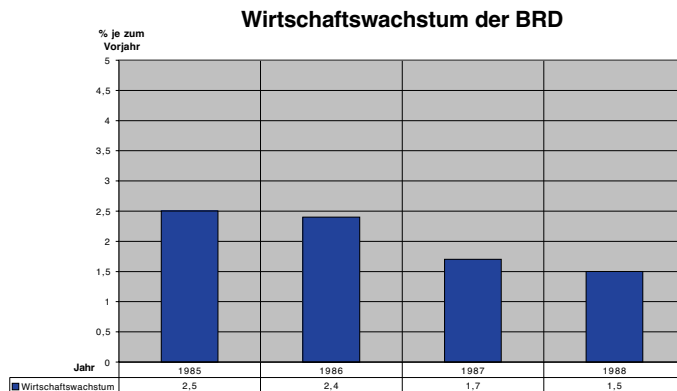
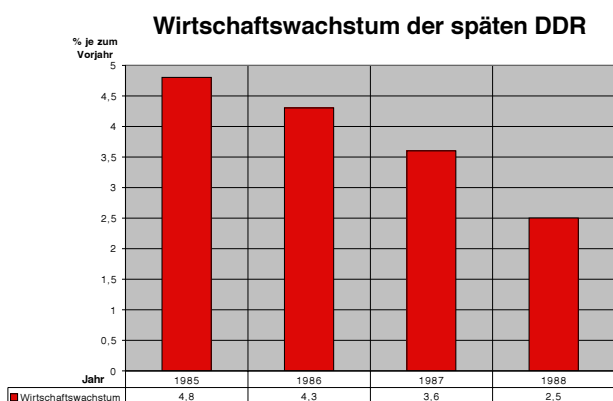
1. das Ende des wirtschaftlichen Wachstums
2. die Zahlungsunfähigkeit einer Wirtschaft, die besonders im Unvermögen sichtbar wird, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen
3. Produktionseinbrüche und massenhaft brachliegende Produktionskapazitäten
4. ein langanhaltender Rückgang der Produktion bzw. der Leistung einer Volkswirtschaft, der zum ökonomischen und sozialen Kollaps führt

Wirtschaftswachstum der DDR

Insgesamt betrug das Wirtschaftswachstum, gemessen an der Zunahme des produzierten Nationaleinkommens, 1987 rd. 3,6% (1986 4,3 und 1985 noch 4,8) gegenüber dem Planziel von 4,5%. Nominal stieg das produzierte Nationaleinkommen, das ungefähr dem Bruttoinlandsprodukt entspricht, auf rd. 262 Mrd. Mark, wobei die Zunahme besonders durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (+6,6%) erreicht wurde. Die wichtigste Komponente des Wirtschaftswachstums der DDR war nach DDR-Angaben auch 1987 die Steigerung der industriellen Warenproduktion (+3,7%) bzw. der Nettoproduktion der Industrie (+6,3%)...

„Da die amtlichen Statistiken der DDR nicht zwischen nominalen und realen Zahlen unterscheiden, d.h. Preiserhöhungen nicht berücksichtigen, lässt sich über das wirkliche Wachstum der Wirtschaft nichts genaueres aussagen. Nach Schätzungen westlicher Experten dürfte es um 2-2,5 gelegen haben....“

Q: „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, S. 231/33



Q: Angaben des statistischen Bundesamtes aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 198

„Es gab also ein beträchtliches und auch kontinuierliches Wachstum der Leistung, wenn auch, ausgedrückt im Wachstum des Nationaleinkommens, in den Jahren 1985-1988 in einer sich abschwächenden Kurve. Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihrer ökonomischen Existenz, bis zur „Währungsunion“ und der Umstellung auf die DM am 1.07.1990 selbst unter den seit einem dreiviertel Jahr andauernden turbulenten Umbruchsbedingungen sowohl im Handel mit den ausländischen Partnern in Ost und West jede fällige Rechnung bezahlen als auch die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten; und das bei einem ständig anschwellenden Touristenstrom und dem unter Bedingungen der offenen Grenze irrelevanten Umtauschkurs von Mark der DDR in DM auf dem freien Markt. ... Die DDR-Ökonomie war offensichtlich so stabil und verfügte über solche inneren Reserven, um diese schwierigen Zeit ohne wesentliche Einbrüche zu meistern.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 13

Zusammenfassung

Obwohl die Bundesrepublik mit einer Billionverschuldung erheblich die Erträge nachfolgender Generationen vorverzehrt, erreichte die BRD im Zeitraum 1980 bis 1989 zu keinem Zeitpunkt ein höheres durchschnittliches nominelles Wachstum beim BIP als die DDR. Auch der Anschluss des DDR-Gebietes an die BRD 1990 vergrößerte das Wachstum nicht nachhaltig. Mangel an Wachstum, wie er in der BRD-Wirtschaft chronisch angelegt ist, muß nicht zum »Bankrott« des Staats führen.

Verschuldung

„Die alte DDR war zumindest in einer Beziehung ein grundsolider Staat: das Staatsvermögen machte ein Mehrfaches der Staatsverschuldung aus.“

Q: Engels, Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Nr.9 vom 23.2.1995, S. 174

„...weil die DDR mit rund 40 Mrd. DM – rund 13% des Bruttosozialproduktes – eine vergleichsweise geringe Ausgangsverschuldung aufweist.“

Q: T. Waigel, M. Shell, „Tage, die Deutschland und die Welt verändern“, 1994, S. 184

Auslandsverschuldung der DDR

Gerade die Verschuldung der DDR gegenüber dem Westen wird gerne als Indikator einer Pleite herangezogen. Hier ein Blick auf die Fakten:

Verschuldung der DDR gegenüber den westlichen Valutaländern

Nach dem vorliegenden Bericht der Deutschen Bundesbank vom August 1999 wird insgesamt für 1989, d.h. unter Berücksichtigung aller Guthaben und Verbindlichkeiten einschließlich derjenigen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, eine Nettoverschuldung der DDR in freier Valuta von 19,9 Mrd. VM ausgewiesen, was einer Dollargröße von rund 12 Mrd. Dollar zum damaligen Kurs entspricht.

Gesamte Auslandsverschuldung der DDR

Laut Bundesregierung betrug die Netto-Auslandsverschuldung der DDR zum Zeitpunkt ihres ökonomischen Anschlusses an die BRD 23,3 Mrd. DM.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, S. 28

1989 (4Vj.) wies die BRD einen Stand der Auslandsverschuldung (der öffentlichen Haushalte nach Gläubigern) von 205,5 Mrd. DM auf.

Q: Angaben aus Zeitreihe BQ1715, Deutsche Bundesbank, www.bundesbank.de

Inlandsverschuldung der DDR offizielle Behauptungen

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung wurden mit dem ökonomischen Anschluss der DDR an die BRD am 1.7.1990 folgende Inlandsschulden des Staates und der volkseigenen Wirtschaft der DDR von der BRD übernommen:

28.0	Mrd. DM	interne Schulden des Staatshaushaltes
38.0	Mrd. DM	Wohnungsbaukredite
>104	Mrd. DM	Altschulden der Treuhandbetriebe
26.0	Mrd. DM	Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung

196 Mrd. DM Gesamt

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 28

Zum Posten » Altschulden« der Treuhandbetriebe

Die Bundesregierung rechnet zu den DDR-Schulden zusätzlich die 104,0 Mrd. DM „Altkreditschulden“ der THA-Betriebe aus der Währungsumstellung. Dies sind aber finanztechnische Zwangsposten aus der Nach-DDR-Ära. Es sind keine Schulden selbstständiger wirtschaftlicher Einheiten. Es waren Verpflichtungen der Staatsbetriebe der DDR gegenüber der Staatsbank bzw. dem Staatshaushalt der DDR. Die Verrechnung vollzog sich innerhalb des Eigentumsträgers der gesamten Wirtschaft einschließlich des Staatshaushaltes. Da die BRD das gesamte öffentliche Eigentum, also sowohl das gesamte produktive Eigentum, das volkseigene Wohnungseigentum und anderes Staatseigentum einschließlich der Staatsbank übernahm, handelt es sich demzufolge um innere Verrechnungen, die sich im Rahmen eines Eigentumssubjektes ausgleichen.

Wirkliche Bilanz

Für die Erstellung einer objektiven Abschlussbilanz der Inlandsverschuldung eines vierzig Jahre souverän existierenden Staates und seiner Wirtschaft ist, auch in Übereinstimmung mit anderen Ökonomen

(siehe z.B. H. Nick in „Vereinigungsbilanz“, Hamburg 1995), lediglich eine Kennziffer relevant: Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber den Spareinlagen der Bevölkerung, soweit Kredite des Staatshaushaltes z.B. für die Finanzierung des Wohnungsbaus in Anspruch genommen wurden; nach Verlautbarung der Bundesregierung 38 Mrd. DM. Selbst unter Berücksichtigung der durch die Bundesregierung aufgeführten 28.0 Mrd. DM „internen Schulden des Staatshaushaltes“ und den 26.0 Mrd. DM „Restausgleichsposten aus der Währungsumstellung“ kommt man auf einen äußerst niedrigen Wert von 92 Mrd. DM Inlandsverschuldung der DDR.

Die BRD wies 1989 bereits eine Staatsverschuldung (Inlandsverschuldung) von 924 Mrd. DM auf.

Q: Andersen, Uwe/ Woyke, Wichard (Hrsg.): „Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“. 4., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 2000.

Zusammenfassung

Lässt man den mehr als fragwurigen Posten „Altschulden der Treuhandbetriebe“ außer Betracht, kommt man zu einer Gesamt-Staatsverschuldung der DDR (1989) von 115,3 Mrd. DM. Das sind pro Kopf der DDR-Bevölkerung rund 6930 DM Schulden, die die DDR Bürger mit dem Anschluss ihres Landes in die BRD eingebracht haben. Nicht mal 50% derjenigen, die auf jedem Bürger der alten Bundesrepublik lasten. Statistisch gesehen übernahmen die Menschen der DDR pro Kopf mehr als 7000 DM der BRD-Schulden. Auch in dieser Beziehung erwies sich das an die DDR-Bürger großzügig gezahlte 100-Mark-Begruungsgeld als eine vorteilhafte Investition.

Eine sogenannte „Pleite der maroden DDR“ an ihrer finanziellen Lage fest zu machen, entbehrt nach den vorliegenden Fakten jeder Grundlage. Es sei denn man definiert den Stand von Auslands- und Inlandsverschuldung der DDR als allgemeinen Beleg eines wirtschaftlichen Bankrots. Dies würde jedoch für die BRD und den größten Teil der Staaten der Welt bedeuten, das sie sich schnellstens nach Artikel 23 irgendjemanden anzugliedern haben.

Der Wert der DDR-Währung

Im Vergleich auf einer Grundlage vergleichbarer Warenkörbe kommen Untersuchungen des DIW in den achtziger Jahren zu einem **realen Verhaltis von DDR-Mark/D-Mark im Konsumbereich von 1:1**.

Q: Untersuchung des deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in den achtziger Jahren

Lediglich im Auenwert stand die DDR-Mark zur D-Mark in einem schwachen Verhaltis (4:1). Jedoch weitaus relevanter ist die Sicht auf das Verhaltis DDR/D-Mark bezüglich ihres angewendeten, ihres inneren Wertes. Da in der DDR die Preise für den gesamten Bereich der Grundversorgung, Verkehrstarife und Mieten weit unter ihrem Wert lagen, hatte die DDR-Mark für ihren Besitzer einen viel höheren Wert. „Das DIW hat jetzt in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut beim DDR-Ministerium der Finanzen und Preise anhand aktueller Warenkörbe die durchschnittliche Verbrauchswert-Parität aktualisiert: danach ist die **Kaufkraftrelation 1 M=1.07 DM**.“

Q: internes Material T. Waigels an H. Kohl vor Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Bonn 13./14.2 1990

Auch bei Vergleichen der normalen Monatseinkommen werden in öffentlichen Verlautbarungen bewusst Parameter nicht berücksichtigt. Zum einen geht das gesamte Lohn- und Tarifsystm der BRD davon aus, dass ein männlicher Arbeiter eine Familie, d.h. die im allgemeinen nicht berufstätige Ehefrau und zwei Kinder zu versorgen hat. In der DDR waren 92% aller berufsfahigen Frauen berufstätig und hatten entsprechende Einkünfte. (Wir sehen die Berufstätigkeit der Frauen der DDR im Vergleich mit der „Hausfrauenrolle“ in der BRD als fortschrittlichen Aspekt.) Die hohen Subventionen der DDR für alle Waren des Grundbedarfs waren etwa 80% der DDR-Ausgaben. Mit den gestützten Verkehrsleistungen und Mieten entstand so eine zweite Lohntüte von etwa 800 Mark. Insgesamt kommt man somit auf ein Familieneinkommen in der DDR von rd. 2.800. Dies würde 75-80% des Familieneinkommens der BRD entsprechen. Diese Angaben entdramatisieren die abwegigen offiziellen Angaben über das Einkommensverhaltis DDR/BRD.

Zusammenfassung

Interessant wären auch hier aktuelle Ergebnisse einer Untersuchung der Einkommensverhaltisse, betrachtet man nur die Tendenz sinkender Löhne bei steigenden Arbeitszeiten und die verelendende Ausdehnung des Dumpinglohnsektors und der Zeitarbeit in der BRD der letzten Jahre. Bezüglich der neuesten enormen Einschnitte des Staates BRD in sein Sozialsystem, der damit galoppierenden Verteuerung selbst grundlegendster Leistungen wie z.B. Medikamente, Zahnersatz oder Mieten, würde eine neue Untersuchung des DIW in der Frage: Wie viel wert ist der Euro zur DDR-Mark? – sicher auf noch ganz andere Ergebnisse kommen ...

Um die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft global einzuordnen, bietet sich ein Vergleich der Brutto-Inlandsprodukte der Länder der Welt an. Das BIP gibt insgesamt Auskünfte über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes an. Mit einem BIP von ca. **285 Mrd. DM** 1985 nimmt die DDR **Platz 15** unter den 33 wirtschaftlich stärksten Länder der Welt ein.

Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. US-\$ 1985

1.	USA	4185,490
2.	Japan	1955,650
3.	UdSSR	1700,000
4.	BRD	891,990
5.	Frankreich	724,200
6.	Italien	599,920
7.	Großbritannien	468,290
8.	Kanada	323,790
9.	VR China	271,880
10.	Spanien	229,100
11.	Brasilien	206,750
12.	Indien	203,790
13.	Australien	184,940
14.	Niederlande	175,330
15.	DDR	150,000
16.	Schweiz	135,050
17.	Mexiko	127,140
18.	Schweden	114,470
19.	Belgien	121,180
20.	Korea (Süd)	98,150
21.	CSSR	96,000
22.	Osterreich	93,830
23.	Saudi-Arabien	78,480
24.	Indonesien	75,230
25.	Polen	73,770
26.	Argentinien	69,820
27.	Norwegen	69,780
28.	Dänemark	68,820
29.	Finnland	62,370
30.	Jugoslawien	61,640
31.	Algerien	60,760
32.	Südafrika	56,370
33.	Türkei	52,620

Q: „Weltwirtschaftsbericht“ aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 775

Es fällt den Autoren dieser Ausstellung beileibe schwer sich vorzustellen, wie der oft so genannte „marode Schrotthaufen DDR“ ein BIP von 150.000.000.000 US-Dollar erwirtschaften konnte.

Spätestens hier stellt sich die berechtigte Frage, warum wohl niemand vom ökonomischen Kollaps der Schweiz, Österreichs, Norwegens oder der Niederlande spricht.

Auszüge aus vergleichenden Daten der Weltwirtschaft

Industrieproduktion – Weltrangliste, Auszug

Rohstahlerzeugung 1986 (in Mio. t)		Bauindustrie – Wohnungen 1987 (in 1000)	
Indien	11,808	Japan	1531,1
Belgien	9,768	BRD	251,9
Südafrika	9,144	Frankreich	237,3
DDR	7,968	DDR	215,7
Mexiko	7,332	Spanien	195,0
Australien	6,828	Großbritan.	193,2
VR China	5,300	Kanada	184,6
Niederlande	5,280	Türkei	169,0
Ostereich	4,632	Australien	127,3
Kalidünger (K ₂ O) 1986 (in Mio. t)		Kunststoffe – Plastikproduktion 1986 (in Mio. t)	
		Belgien	2,770
UdSSR	10,367	Großbrit. 82	1,966
Kanada	6,521	CSSR	1,140
DDR	3,465	DDR	1,045
BRD	2,380	Australien 83	0,776
Frankreich	1,719	Jugoslawien	0,664
Israel	1,139	Polen	0,631
USA	0,955	Osterreich	0,590

Q: nach UNO – Angaben aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 883,862,865,864

Landwirtschaft – Weltrangliste

Fleischerzeugung (in 1000 t) 1987		Kartoffelernte (in 1000 t) 1987		Milch-Erzeugung (in Mio. t) 1987		Schweine-Bestand (in Mio. Stück) 1987	
Kanada	2611	VR China	27550	Brasilien	12,350	Mexiko	18,66
Spanien	2597	USA	16170	Niederlande	11,860	Rumänien	14,50
Niederlande	2576	Indien	11170	Italien	10,900	Niederland	14,06
DDR	1997	DDR	9860	DDR	9,227	DDR	12,84
Rumänien	1898	Rumänien	9000	Kanada	7,850	Frankreich	12,00
Ungarn	1705	BRD	8700	Neuseeland	7,500	Japan	11,30
Jugoslawien	1530	Niederlande	6900	Mexiko	7,500	Kanada	10,83
CSSR	1525	Großbritan.	6445	Japan	7,375	Osterreich	3,80
Dänemark	1509	Frankreich	6300	CSSR	7,050		
Neuseeland	1326	Spanien	5400	Australien	6,345		

Q: FAO – aus „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. Hanswillhelm Haefs, Frankfurt am Main 1988, Seite 06,817,819,824

Energieverbrauch pro Kopf – Weltrangliste nur kommerzielle Energie (in kg Öleinheiten)

USA	7278
DDR	5680
UdSSR	4885
BRD	4451
Schweiz	3952
Frankreich	3673
Osterreich	3217

Q: „Weltentwicklungsbericht“, „Der Fischer Weltalmanach '89“, Hrsg. H. Haefs, FFM 1988, S 775

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie hängt stark vom technischen Entwicklungsstand eines Landes ab, aber auch von der Zusammensetzung der Industrie (z.B. hoher Verbrauch der Montan- und

chemischen Industrie). Sicherlich ist ein enormer Pro-Kopf-Energie-Verbrauch nicht gerade Merkmal von ökonomischer Weitsicht, gewiss kein Beleg für modernste Energiezeugung, aber am wenigstens wohl ein Zeichen von massenhaft brachliegenden Produktionskapazitäten.

Handel

„Der Export der DDR bestand zu mehr als 90% aus Industrieproduktion. Maschinen, Ausrüstung und Transportmittel hatten einen Anteil von 48% am gesamten Export der DDR; im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet betrug der Anteil 61 Prozent; im Handel mit den Valutaländern 17 Prozent. Nach dem Volumen des Exports nahm die DDR nach diesen Angaben in der Welt den 16. Platz, in Europa den 10. Platz und im RGW den 2. Platz ein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mehr als 50% des Nationaleinkommens der DDR über die Außenwirtschaft umgewandelt wurde.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 63

Mangelwirtschaft der DDR im Vergleich zu den fortgeschrittenen Industriestaaten?

„Die Fragwürdigkeit des Begriffs ›Mangel‹ als ein Etikett für das realsozialistische System wird an folgendem deutlich: Die Bevölkerung der DDR hatte mit rd. 95kg einen der höchsten Pro-Kopf-Verbräuche an Fleisch und Wurstwaren der Welt (BRD: 76kg) Mangelerscheinungen gab es jedoch bei den Edelfleischarten wie Rouladen, Leber, Bratwürsten, vor allem in der Sommersaison ...

Im Jahre 1988 besaßen 54% aller Haushalte der DDR einen PKW (ohne PKW's in Behörden und Einrichtungen). Es gab zu diesem Zeitpunkt wenige fortgeschrittene Industrieländer, die einen solch hohen Besitz an PKW im privaten Bereich aufzuweisen hatten. Was hatte das mit Mangel im eigentlichen Sinne des Wortes zu tun? Es stimmt, das trotzdem oder vielleicht gerade deshalb Wartezeiten für den Bezug eines PKW mit 6, 7 oder 8 Jahren ausgewiesen wurden und die nicht befriedigte Nachfrage nach PKW geradezu als Paradebeispiel – vor allem nach der Wende – die Mangelwirtschaft in der DDR ausgegeben wurde. Es gab keinen Mangel an Möbeln, aber widersinnigerweise an hochwertigen Möbeln, wie Schlafzimmer und Wohnzimmer aus Zeulenroda u.a. ...

Wenn man die Mangelerscheinungen im staatssozialistischen System analysiert und sie als eine Konstituante dieses Systems beschreibt, dann gehört dazu auch die Tatsache, dass es gleichzeitig auf wesentlichen, substantiellen Gebieten dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eine vollständi-

ge, praktisch für alle erschwingliche Befriedigung grundlegende Bedürfnisse bzw. Bedarfsdeckung gegeben hat, die in den fortgeschrittensten Ländern [dazu zählt unbestreitbar auch die BRD; die Autoren der Ausstellung] heute noch ihresgleichen sucht. Dazu gehört an erster Stelle die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit für jeden Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen. Die ironischen Bemerkungen sind verstummt angesichts verbreiteter Massenarbeitslosigkeit, die die verwirklichte Vollbeschäftigung in der DDR mit dem abwertenden Begriff von versteckter Arbeitslosigkeit verbanden.

Zu den Bereichen der fast vollständigen Bedarfsdeckung im realsozialistischen System der DDR gehörten im Gegensatz zu großen Defiziten (Mangelerscheinungen) selbst in den fortgeschrittensten Ländern:

Alle Jugendlichen im entsprechenden Alter erhielten eine Facharbeiter-, Fachschul- oder Hochschulausbildung; ihre Übernahme in eine perspektivisch sichere Arbeit war gewährleistet.

60 Prozent aller Kinder im Alter bis zu 3 Jahren wurden in Ganztagskrippen von Fachpersonal betreut; unter Berücksichtigung des 1-1,5jährigen Babyjahres der berufstätigen Mütter war damit der Bedarf voll gedeckt.

Alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren konnten ganztägig in Kindergärten versorgt werden. Kinder zwischen dem ersten und vierten Schuljahr konnten einen betreuten Schulhort besuchen.

Die für die gesellschaftlich-sozialen Bereiche eingesetzten umfangreichen Ressourcen (Investitionen, Arbeitskräfte) waren durchaus auch für andere Zwecke einsetzbar. Es war ein Problem der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR, dass der kaufkräftige Bedarf an Dingen des täglichen Bedarfs nicht immer sofort gedeckt werden konnte. Aber gleichzeitig war es möglich, noch heute von keinem marktwirtschaftlich Land erreichte gesellschaftliche Errungenschaften gegen niedriges Endgelt als eine selbstverständliche Lebensgewohnheit in Anspruch zu nehmen ... Wenn man die Erscheinung des Mangels herauslöst aus dem Gesamtensemble der Nachteile und Vorzüge eines Systems, müssen sich daraus Irrtümer und falsche Schlussfolgerungen ergeben.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 235/36

Zusammenfassung

Nach dem von den Autoren dieser Ausstellungen vorgelegten aussagekräftigen Faktenmaterial ist es nicht möglich, auf eine irgendwie geartete wirtschaftliche Pleite der DDR-Wirtschaft zu schließen. Mit Blick auf die in dieser Ausstellungen vorliegenden Wirtschaftsdaten der DDR würde ein Beharren auf der offiziell immer wieder verlauteten These der »wirtschaftlichen Niederlage der DDR« bedeuten, den wirtschaftlichen Bankrott von mindestens 18 der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt zu erklären. Ein ökonomischer Grund, das Wirtschaftssystem der DDR aufzugeben, lag zum Zeitpunkt des Anschlusses der DDR an die BRD offenkundig nicht vor. Die Autoren der Ausstellung sind überrascht, dass im ökonomischen Tabellarium der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt die DDR auf fast allen Gebieten der industriellen Produktion einen Platz einnahm. Zum Zeitpunkt des Anschlusses besaß die DDR den Status eines finanziell erstaunlich soliden mittleren Industriestaates mit beträchtlichen wirtschaftlichen Kapazitäten und Leistungen, die im weltwirtschaftlichen Vergleich weit über Erwarten bestehen.

Der Wert der DDR 1989 – Das Volksvermögen der DDR-Bevölkerung

Konzentriert man sich bei der Erstellung einer Bilanz über die Frage – Was war die DDR 1989 ökonomisch wert, auf die ökonomische Grundsubstanz, also auf das produktive Vermögen oder den Kapitalstock der Volkswirtschaft der DDR, dann ergeben sich folgende Zahlen.

Produktives Vermögen

Der Grundmittelbestand allein in den produktiven Bereichen der Volkswirtschaft betrug im Jahr 1988 **1,2 Billionen Mark der DDR.**

Produktives Vermögen der DDR 1989 in Mrd. M

in der Industrie	767,20
im produktiven Handwerk	5,0
in der Bauwirtschaft	28,0
in der Land- und Forstwirtschaft	170,5
in Verkehr, Post und Fernmeldewesen	159,0
im Binnenhandel	44,5
sonst. produzierende Zweige	27,7
Summe	1200

Q: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 107, aus Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 171

Legt man den Umtauschkurs der Währungsunion für die Bestandsgrößen 2:1 zugrunde, kommt man auf eine Größe von **600 Mrd. DM**. 600 Mrd. DM, „...Das ist der ganze Salat Ost.“

Q: D. Rohweder am 22. 10. 1990 vor der Handelskammer Wien

Es ist richtig, dass dieser Grundmittelbestand infolge der verfehlten Honeckerschen Wirtschaftspolitik, die zu einer Akkumulationsrate und damit zur Begrenzung der Investitionen für Erneuerung und Modernisierung führte, im Durchschnitt überaltert war. Das war und ist kein Geheimnis. Alle nötigen Angaben über den Sachverhalt waren dokumentiert und veröffentlicht. Trotzdem wies dieser Kapitalstock eine beträchtliche Differenzierung auf. Er umfasste zum Teil auch modernste, dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechende Produktionsabschnitte und ganze Betriebe und sogar Branchen. Zu den Produktionsbereichen mit zum Teil modernster Ausrüstung zählten Erdöl- und Erdgasverarbeitung, Produktionslinien der Chemie, der Walzstahlverarbeitung, der Elektronik, des Schwermaschinenbaus, des Schiffbaus, des Werkzeugmaschinenbaus, der gehobenen Konsumgüterindustrie und die landwirtschaftliche Großproduktion.

Grund und Boden der volkseigenen Betriebe (VEB)

Grund und Boden ist in der Marktwirtschaft ein großer Wertfaktor. Allein unter Verwaltung der Treuhand befanden sich 25 Mrd. Quadratmeter Immobilien. Der Hauptbestandteil des Grund und Bodens der DDR war volkseigen und wurde bezeichnenderweise deswegen auch nach dem Anschluss der DDR an die BRD zu symbolischen Preisen verscherbelt. Noch 1990 wurden Grund und Boden an Private zu 1 DM je Quadratkilometer verkauft.

Es kann sich nur um grobe Schätzungen handeln, wenn man den von der Treuhand übernommenen Grund und Boden der volkseigenen Betriebe mit rund 400 Mrd. DM annimmt.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 171

Forstflächen, Agrarflächen, volkseigene Güter (VEG)

Nach eigenen Angaben übernahm die Treuhand 1990 in diesen Fundus 40% der Fläche der DDR.

1,6 Mio.	Hektar Agrarflächen
1,7 Mio.	Hektar Wald
300.000	Hektar volkseigene Güter Forstwirtschaftsbetriebe

Q: Breuel, „Treuhand intern“, Ullstein Tb, 1993, S.357/58

Vorsichtig geschätzt handelt es sich bei den angeführten Posten um einen Marktwert in Höhe von 20 Mrd. DM.

Volkseigene Grundstücke und Gebäude als Verwaltungs- und Finanzvermögen

Diese gingen mit dem Einigungsvertrag in das unmittelbare Eigentum des Bundes über. Verwaltungsvermögen ist das für die Erfüllung der Verwaltungsaufgaben notwendige Vermögen:

z.B. Rathäuser, Verwaltungsgebäude usw, Finanzvermögen ist alles übrige Vermögen. Nach Angaben des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen wurden der Bundesvermögensverwaltung insgesamt 13.930 Liegenschaften mit 342.173 Hektar Fläche zugeführt. Unter Verwendung bruchstückhaft angeführter Verkaufserlöse repräsentieren diese Liegenschaften einen Wert von 180 Mrd. DM.

Q: Bundesdrucksache 12/5040 vom 25.05.1993

Das Auslandsvermögen

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hatte seinen Wert auf eine Milliarde DM geschätzt. Das dies eher zu niedrig liegt, ergibt sich aus der Feststellung im Jahresbericht der Bundesregierung 1997. Dort heißt es: „Im Rahmen der Wiedervereinigung sind in erheblichem Umfang Auslandsliegenschaften der ehemaligen DDR Bundesvermögen geworden.“ Ein beträchtlicher Teil dieses Vermögens ist in die Nutzung und Verwaltung des Auswärtigen Amtes übergegangen, das sich jedoch einer exakten Bewertung und Offenlegung nicht zugänglich zeigt.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 175

Das Vermögen der Nationalen Volksarmee (NVA)

Bei der NVA handelte es sich um eine moderne, hoch ausgerüstete Armee, deren Ausrüstungen und Liegenschaften in beträchtlichem Ausmaß verwertbar waren und von der Bundesregierung auch verwertet wurden. In der sog. Kategorie I (moderne Ausrüstung, die für die Bundeswehr nutzbar ist) wurde folgendes aufgeführt:

24 MIG-29, 3 Aufkl.-Leitstation-Startrampen 1S91M2(KUB)(SA-6), 3 Sart/Leit.OSA-AK(SA-8), 75 Abschußvorrichtungen IGLA, 2 komplette Fla-Rak-Komplexe SA-5 einschl. 132 Raketen und 24 Rampen, 892 Schützenpanzer BMP-1, 87 Transporthubschrauber MI-8, 6 Transporthubschrauber MI-8S, 25 Transporthubschrau-

ber MI-2, 8 Transporthubschrauber MI-9, 4 Transportflugzeuge L-410S, 12 Transportflugzeuge AN-26, 2 Transportflugzeuge TU-154, 3 Transportflugzeuge IL-62, 1.890 tragbare Fla-Raketen, 347 MP SKORPION, 16 UAW-Schiffe, 12 MSR-Schiffe des Typs 89-2, 9 MSR-Schiffe des Typs 89-1, 8 Landungsschiffe mit Werfern, 4 Landungsschiffe ohne Werfer, 2 Gefechtsversorger

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 176

„Die Bundeswehr hatte am 3. Oktober 1990 insgesamt 2.100 ehemalige NVA-Liegenschaften übernommen. Hiervon nutzt sie nur noch 382 Liegenschaften. 1321 Liegenschaften wurden restituiert oder anderen Gebietskörperschaften zugeordnet. Der Rest dem Allgemeinen Grundvermögen bzw. der THA übergeben.“

Q: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/5040 vom 25.05.1993

Insgesamt ermittelten kompetente Insider einen Wert des Sachvermögens der NVA in einer Höhe von 200 Mrd. DM. Dabei sind Hafenanlagen der Volksmarine, Flugplätze, Werkstätten sowie stationäre Nachrichtenanlagen, stationäre Medizintechnik u.a. **nicht** enthalten.

Zusammenfassung

600	Mrd. DM an Grundmitteln
400	Mrd. DM an Grund und Boden der volkseigenen Betriebe (VEB)
200	Mrd. DM an Vermögen der Nationalen Volksarmee (NVA)
180	Mrd. DM an Verwaltungs- und Finanzvermögen
20	Mrd. DM an Forstflächen, Agrarflächen, volkseigene Güter (VEG)
1	Mrd. DM an Auslandsvermögen

1401 Milliarden DM in Besitz der Bevölkerung der DDR. Alles in allem handelt es sich bei diesem nicht oder nicht vollständig erfassten Vermögenskomplexen um das Eigentum der Menschen der DDR, das von ihnen erarbeitet worden ist. Das sind fast 85.000 DM pro Kopf der Bevölkerung der DDR, fast 85.000 DM auf jeden Mann, jede Frau, jedes Kind und jeden Greis.

Mit der Aufgabe der eigenen Währungshoheit gab die DDR sich 1. Juli 1990 als eigenständigen Staat auf. Der 3. Oktober 1990 war das politische Epitheton zu dem bereits vollzogenen ökonomischen Anschluss des Staatsgebietes der DDR an den Geltungsbereich des Grundgesetzes, an die BRD. Der Volkskammerbeschluss der am 23. August 1990 noch existierenden DDR vollzieht die Entscheidung zum Anschluss nicht nach einem Gesetz des Staates, in dem die Volkskammer tätig ist, sondern nach dem Gesetz des Staates, dem sie sich anschließt, nach dem Art. 23 des Grundgesetzes der BRD. In Anlagen II-V des Vertrages über die am 1. Juli 1990 stattgefundenen Wirtschaftsreform werden die Regelungen festgelegt, welche Rechtsvorschrift der BRD direkt übernommen wird und zu welchen Anpassungen an die bundesdeutsche Rechtsordnung sich die DDR verpflichtet. Damit wurde die Eigentums-Rechtsordnung der DDR schon während der Zeit, in der sie existierte, im wesentlichen beseitigt. Die bundesdeutsche Eigentumsrechtsordnung (siehe Art. 14 des Grundgesetzes) kennt kein Volkseigentum, daher wurde der juristische Anspruch der Bevölkerung der DDR auf ihr Eigentum aufgehoben, dies schon um einiges vor dem offiziellen Tag des Anschlusses der DDR an die BRD. Die Autoren der Ausstellung kommen nicht umhin, diese Vorgehensweise – dass ein Staat auf Basis des Gesetzes eines anderen Staates seinen Anschluss beschließt und damit noch während seiner vollen Souveränität den Anspruch seiner Bevölkerung auf ihr Eigentum beseitigt – als höchst bedenklich zu betiteln. Bedenklich auch die Änderungen der Verfassung der DDR am 17.06.1990. Hier wurden „in Erwartung einer baldigen Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ der Verfassung der DDR „für eine Übergangszeit“ fremde Verfassungsgrundsätze aus dem Arsenal der bundesdeutschen Rechtsordnung unterlegt – so insbesondere die „Freiheitliche Grundordnung“ und die Gewährleistung des Privateigentums auch „an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln“. Damit wurde die durch einen

Volksentscheid am 06.04.1968 von der Bevölkerung der DDR angenommene Verfassung ausgehebelt. Ungeachtet dessen, dass solche substantielle Änderungen der durch einen Volksentscheid angenommenen Verfassung, wie sie dann im rasanten Tempo vorgenommen wurden, rechtlich zulässig nur durch einen Volksentscheid hätten erfolgen dürfen. Juristisch ist diese Vorgehensweise als unwirksam zu beurteilen.

Q: E. Buchholz, „Enteignung der Ostdeutschen, eine juristische Betrachtung“, aus „Unfrieden in Deutschland – Weissbuch“ Band 6, Berlin 1999

Ob man die fehlende juristische Legitimation der Wegbereitung eines juristisch genauso bedenklichen Lösens des Anspruchs von 16,5 Mio. Menschen als einen Makel bezeichnet oder hier an einen klassischen Hochverrat im Sinne der »Einverleibung des Staatsgebietes der DDR in einen anderen Staat« (nach §96 Abs. 1 Nr.2 StGB der DDR) denken möchte, ist vom Grad der Ernsthaftigkeit des Betrachteten abhängig.

„Nüchtern betrachtet, handelt es sich um eine gigantische Enteignung der Bevölkerung der DDR. Ihr wurde das auf ihrem Gebiet befindliche, zu ihr gehörende und in 40 Jahren durch harte Arbeit geschaffene und vermehrte produktive Vermögen entzogen.“

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 173

In Form und Ebene dieser Enteignung kann wie folgt unterschieden werden:

- a) Das staatliche Volkseigentum, also das Vermögen der staatlichen Organe der DDR, übernahmen bundesdeutsche Behörden – ohne jeden Ausgleich oder Entschädigung, als hätte es nie einem Anderen gehört.
- b) Ein Teil des Volkseigentums (volkseigene Betriebe) ging unter Verwaltung der Treuhand. Diese sollte diese Werte als Eigentum der Bevölkerung der DDR wahren. Somit war dies noch keine Privatisierung. Kurz vor der Wirtschaftsreform wurde die Treu-

hand mit einer vollkommen entgegengesetzten Aufgabe betraut: „§ 1 Vermögensübertragung (1) Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren. ...“, also mit der Liquidation des Volkseigentums. Dies alles zu Zeiten der vollen Souveränität der DDR!

Q: Auszug aus dem Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) vom 17.06.1990

„Juristisch kann solches nicht anders als als Hochverrat angesehen werden. Denn es handelt sich um nichts Anderes, als um die Beseitigung des sozialistischen Staats und Gesellschaftsordnung der DDR (nach §96 Abs. 1 Nr.2 StGB der DDR)“

Q: E. Buchholz, „Enteignung der Ostdeutschen eine juristische Betrachtung“, aus „Unfrieden in Deutschland – Weissbuch“ Band 6, Berlin 1999

„Ich kenne kein Volk auf Erden, das so enteignet worden ist.“

Q: Egon Bahr, über die Ostdeutschen, Kölner Stadtanzeiger, 22.05.1996

Zusammenfassung

Fassen die Autoren der Ausstellung die juristischen Fakten zusammen, so ist zumindest zu sagen: Die Bevölkerung der DDR wurde nicht informiert noch gefragt zum Löschen ihres Anspruches auf ihr Eigentum, die DDR. Die Autoren der Ausstellung definieren diese Vorgehensweise als rechtswidrig und kommen so zum Schluss:

Wenigstens ökonomisch gab es keine Wiedervereinigung der DDR mit der BRD. In Anbetracht des wirtschaftlichen Reichtums, also des Volkseigentums – dazu gehörte Territorium der DDR, das widerrechtlich der Bevölkerung der DDR entzogen wurde – lässt sich wenigstens ökonomisch gesehen nur von einer **Annexion** ausgehen. Das Volkseigentum, die DDR, hat nicht nur vollständig ihren Besitzer gewechselt, sondern ein riesiger Teil des Volkseigentums wurde durch die Treuhand vernichtet.

Die 4jährige Arbeit der Treuhandanstalt (THA) endete mit einem **Schuldenberg von 260 Mrd. DM!** Man kann wohl davon ausgehen, dass dies die **weltgeschichtlich größte Vernichtung wirtschaftlichen Reichtums zu Friedenszeiten** ist. Hier weiter einzugehen auf die Art und Weise der Treuhand, halten die Autoren der Ausstellung für überflüssig. Wie eine bundesdeutsche Behörde mit annektiertem Besitz umgeht, ist sicher nicht uninteressant, aber nicht Gegenstand dieser Ausstellung. Doch wollen wir einen Blick auf die Verteilung des ehemaligen Volkseigentums unter Verwaltung der Treuhand nach dessen Arbeit werfen. Letztlich besitzen diese Zahlen genügend Aussagekraft. Einen Kommentar sparen wir uns.

„Der Anteil in ostdeutscher Hand sei sehr niedrig. Nach einer Expertenbefragung des Treuhand-Untersuchungsausschusses des Bundestages seien bis Ende 1993 (in Arbeitsplätzen) bezogen auf den Unternehmensbestand

87% an westdeutsche,

7% an ausländische und nur

6% an ostdeutsche Investoren

verkauft worden. Bei heute durchschnittlich 50% der westdeutschen Kapitalausstattung würde die Eigentumsquote der Ostdeutschen am Produktivvermögen ganze 3% betragen“

Q: Deutschlandpapier des Willy-Brandt-Kreises, 1997

Was ist das Gebiet der ehemaligen DDR heute wert?

Der Vorkriegsstand der Produktion wurde in Ostdeutschland nach etwa 5 Jahren wieder erreicht. Das Erreichen des Produktionsstandes der DDR 1989 ist bis heute, nach mehr als 14 Jahren, nicht ansatzweise festzustellen.

Jahr	Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	Rückgang der Industrieproduktion (IP)
1990	17,9%	28,7%
1991	22,9%	55,7%

Q: R. Poll, „Herausforderung Ostdeutschland“, Analytica Verlagsgesellschaft, Berlin 1995, S 188

Die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeorganisationen hatten bis Ende 1997 nach eigenen Angaben, bezogen auf einen Bruttostand von 12.354 Unternehmen:

6.546 = 53%	vollständig (6.321) oder mehrheitlich (225) privatisiert
1.588 = 12,9%	vollständig reprivatisiert
265 = 2,1%	vollständig kommunalisiert
45 = 0,4%	Besitzeinweisungen vorgenommen
3.718 = 30,1%	Liquidation/Gesamtvollstreckung (157 weg, 3561 noch)
192 = 1,5%	befanden sich Ende 1994 noch im Nettobestand
Q: zitiert in Mager/Voigt, „Transferleistungen im geeinten Deutschland“, S. 34	

Dieser Prozess war verbunden mit einer Deindustrialisierung, wie es sie in der Neuzeit in vergleichbarem Ausmaß nicht gegeben hat.

Q: Wenzel, „Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?“, Berlin 2000, Seite 151

Entwicklung der realen Industrieproduktion (in vH gegenüber dem Vorjahr, 1989=100%)

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	95 zu 89
Polen	-24,2	-11,9	3,9	7,3	11,9	9,4	91,1
Ungarn	-10,2	-16,6	-9,7	-4,0	9,6	6,5	82,4
Slowenien	-10,5	-12,4	-13,2	-2,8	6,4	4,2	73,3
Tschechien	-3,3	-24,4	-7,9	-5,3	-2,1	9,5	71,3
Slowakei	-4,0	-27,7	-13,8	-10,6	6,4	8,9	64,6
Rumänien	-19,0	-22,8	-22,9	1,3	3,3	9,4	55,2
Bulgarien	-16,7	-22,2	-15,9	-10,9	8,5	4,6	54,7
DDR	-28,7	-55,7	-5,7	7,2	16,3	8,5	40,3

Q: Antworten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle vom 3.5.1996 auf Fragen des Bundestagesausschusses für Wirtschaft für eine öffentliche Anhörung zum Thema: „Fünf Jahre deutsche Einheit – Zwischenbilanz und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern“, S. 8

Sprachen wir noch 1989 von einem mittleren Industriestaat DDR, der unter den 33 wirtschaftlich stärksten Staaten Rang 15 einnahm, so erwirtschaftet heute der Industrierest der angeschlossenen DDR weniger als 14%⁽¹⁾ des Bruttowerts der BRD.

(1) Q: „Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in den neuen Ländern“, 25.09.1996, BMWJ-Dokumentaion Nr.407

Sprachen wir noch 1989 von einem mittleren Industriestaat DDR, der ein beträchtliches Maß an Forschungs- und Entwicklungsarbeit für seine Wirtschaft leistete – die DDR war durch den gegen sie gerichteten Wirtschaftskrieg und die Embargopolitik gezwungen mit ihrer Forschung und Entwicklung für 50% des gesamten

Weltsortiments an Ausrüstung und Maschinen zu sorgen – so sank das Forschungs- und Entwicklungspotential auf 17% gegenüber dem Stand vor 1989 ab. Sprachen wir noch 1989 von einem mittleren Industriestaat DDR, so zählt heute die Europäische Union die **ostdeutschen Länder zu den ärmsten Regionen Europas**, weil das Pro-Kopf-Einkommen nur 65% des europ. Durchschnitts erreicht. „Das Bruttovermögen je ostdeutschen Haushalt betrug 1997 etwa 40% desjenigen westdeutscher Haushalte. Seither hat sich dieses Verhältnis nicht wesentlich verändert. Die Nettoverdienste erreichen 86,1% des Westniveaus. Das eigentliche Problem besteht darin, dass von 1990 bis 1995 zwar ein begrüßenswerter Anstieg – von 41,1% auf 82,4% stattgefunden hat. Bei gleichen Preise für Waren und Dienstleistungen, Verkehrstarife, Mieten u.a. in West und Ost ist seit dieser Zeit jedoch mit 84,7% 1996, 85,4% 1997 und 86% 1998 eine Stagnation eingetreten.“ Q: „Sozialreport 1999“ des SWZ Berlin-Brandenburg, 28.10.99

Zusammenfassung

Binnen 5 Jahren (1990-1995) vernichtete die Treuhand 3.000.000 Arbeitsplätze. Heute liegt die Arbeitslosenquote im Osten mit **18,2%** immer noch mehr als **doppelt so hoch wie im Westen** mit 9,1 Prozent. Hinter den offiziellen Zahlen steckt eine unüberschaubare Dunkelziffer, die sich speist aus Kurzarbeitern; Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung; ABM; SAM; „Rentnern“, die Rente wegen Arbeitslosigkeit beziehen; Asylbewerbern ohne Job-Erlaubnis; Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz, Arbeitslosen mit Sperrzeit; nicht gemeldeten Arbeitslosen, v.a. Frauen und Älteren, die gerne arbeiten möchten; Personen in 420-Euro-Jobs, die gerne voll arbeiten würden – es handelt sich wohl um eine mehr als optimistische Schätzung, geht man im Osten von einer realen Arbeitslosenquote von **über 40%** aus.

Danksagungen gehen an: Siegfried Wenzel, Karl Marx und die deppische Gründlichkeit der Statistikbeamten der deutschen Bourgeoisie

Spendenempfehlung für diese Broschüre: 3 Euro
Kontakt und Absprachen für neue, vereinte Aktionen
zum 7. Oktober oder anderswann:
Freie Deutsche Jugend, Weydinger Straße 12-14, 10178 Berlin
www.FDJ.de, berlin@fdj.de Freundschaft!

